



EUROPÄISCHE UNION



Brüssel, den 3. Juni 2013
10477/1/13 REV 1
(OR. en)
PRESSE 235

**Erklärung der Hohen Vertreterin Catherine Ashton im Namen
der Europäischen Union zur Wiedereinführung der Todesstrafe
in Papua-Neuguinea**

Die EU bedauert, dass am 28. Mai 2013 Änderungen des Strafgesetzbuchs (Änderungsgesetz 2013) erlassen wurden, mit denen der Anwendung der Todesstrafe in Papua-Neuguinea der Weg geebnet, die Anwendung der Todesstrafe auf neue Gruppen von Straftatbeständen wie Raub ausgeweitet und neue Hinrichtungsmethoden wie Erstickung und Elektrokution eingeführt werden.

Papua-Neuguinea hat seit 1954 ein Moratorium der Todesstrafe eingehalten. Diese Beendigung eines langjährigen Moratoriums wäre äußerst bedauerlich und stünde im Widerspruch zu dem zunehmenden weltweiten Trend zugunsten der Abschaffung der Todesstrafe, wie er in zahlreichen Resolutionen der VN-Generalversammlung zum Ausdruck kommt, in denen alle Staaten dazu aufgefordert werden, ein Moratorium zu erlassen.

Die EU ist sich bewusst, dass die Regierung Papua-Neuguineas bestrebt ist, die steigende Kriminalität zu bekämpfen, und begrüßt in diesem Zusammenhang, dass das Parlament Hexerei als Rechtfertigung für Mord abgeschafft hat. Zahlreiche Studien haben indes belegt, dass die Todesstrafe nicht von Straftaten abschreckt. Überdies können Justizirrtümer, die in jedem Justizsystem auftreten, im Falle der Todesstrafe nicht mehr korrigiert werden.

P R E S S E

Die EU lehnt die Anwendung der Todesstrafe in allen Fällen und unter allen Umständen ab und ruft die Behörden Papua-Neuguineas auf, das bestehende Moratorium einzuhalten.

Das Beitrittsland Kroatien*, die Bewerberländer Türkei, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Montenegro*, Island+ und Serbien*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina und die dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Länder Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau und Armenien schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

+ Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.